

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
13 / 2006

Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Toleranz?

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

■ MUSICA PRO PACE 2005

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Dr. des. Daniela De Ridder, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück
Prof. em. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redakt. Mitarbeit: Andrea Dittert, Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Silke Voss

Einband: Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter

Verwendung der »Komposition Nr. 118« von Friedrich Vordemberge-Gildewart

(Osnabrück 1899 – 1962 Ulm) aus dem Jahr 1940. Mit freundlicher Genehmigung:

© Kunsthaus Lempertz, Köln

Mit Dank für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche an:

– die Oldenburgische Landesbank AG

– die RWE Westfalen-Weser-Ems AG

– den Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche

Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück

Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766

ofg@uni-osnabrueck.de – www.friedensgespraeche.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2006

© 2006 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 10: 3-89971-337-0

ISBN 13: 978-3-89971-337-4

ISSN: 0948-194-X

[nur Buchhandelsausgabe]

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial: <i>Toleranz – ein Ideal verblasst</i>	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2005

<i>Europa quo vadis? – Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU</i> Mit Gesine Schwan und Volker Rittberger	19
<i>Kulturelle Vielfalt – Grenzen der Duldsamkeit?</i> Mit Manfred Lahnstein und Ernst G. Mahrenholz	41
<i>Gesundheit: Ware oder öffentliches Gut?</i> Mit Ellis Huber und Karl Lauterbach.	61
<i>Wie gehen wir mit dem Fundamentalismus um?</i> Mit Karl Kardinal Lehmann und Nadeem Elyas.	81
Mart Laar, Tallinn <i>Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive</i>	109
<i>Positionsbestimmung für die deutsche Außenpolitik – Schritte zu einer neuen Weltfriedensordnung</i> Mit Wolfgang Schäuble, Claudia Roth, Klaus-Peter Sieglösch	125

II. GMUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2005

Stefan Hanheide, Osnabrück » <i>Erinnerung an 1945</i> « – Olivier Messiaen: » <i>Et expecto resurrectionem mortuorum</i> « und Johannes Brahms: » <i>Ein deutsches Requiem</i> «.	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Jochen Oltmer, Osnabrück
*Aktive Intoleranz und beschränkte Duldung:
Osteuropäische Juden in der Weimarer Republik* 159

Reinhold Mokrosch, Osnabrück
Djihad – Religion und Gewalt 173

Klaus von Beyme, Heidelberg
Kulturelle Vielfalt und demokratische Konfliktbewältigung 183

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 207
Abbildungsnachweis 213



Mart Laar

Mart Laar, Tallinn/Estland

Europa sieht Deutschland: Die baltische Perspektive

Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit
im Rathaus der Stadt am 3. Oktober 2005

Ich freue mich, Ihnen an diesem Tag einige Gedanken über Europa und Deutschland aus der Sicht des Baltikums vorstellen zu können.

Wir im Baltikum müssen feststellen, dass im Grunde unsere gesamte Geschichte mit Deutschland verbunden war und ist, denn wir haben einen gemeinsamen *Kulturraum*. Dabei hat die gemeinsame Vergangenheit in der *Hanse* eine große Bedeutung, woran sich eine lange Tradition eines gleichen Verständnisses des Rechts und der Ethik anschloss. Insofern fühle ich mich also in einem gewissen Sinne in der Hansestadt Osnabrück wie zu Hause. Diese nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs wieder aufgebaute Stadt bestätigt meine Beobachtung, wie groß doch die Ähnlichkeit der Städte in Deutschland und im Baltikum ist. Daraus ergeben sich weitere Übereinstimmungen: Im gleichen Kontext steht auch das wachsende Interesse ausländischer Besucher an den Städten des Baltikums. Sie zählen zu den neuesten touristischen Ziele in Europa: Allein im vergangenen Jahr ist die Zahl der Besucher Tallinns um 30% gestiegen. Die Besucher sind meistens sehr überrascht vom Bild unserer Städte, denn sie erwarten oft ein stärker ›russisches‹ Stadtbild. Unser heutiges Stadtbild unterscheidet sich aber sehr von dem einer russischen Stadt. Es ist vielmehr das einer europäischen Stadt in einem europäischen Land.

Für uns in Estland ist diese *europäische Identität* sehr wichtig. Während der jahrzehntelangen ausländischen Besatzung wurden die europäische Identität und das europäische Selbstverständnis zu wichtigen Elementen unseres Widerstands gegen Kommunismus und Totalitarismus.

Die Reformen, zu denen wir uns nach Ende der Besatzung entschieden haben, waren für uns von grundsätzlicher Bedeutung. Wir waren bereit, dafür vieles zu tun. Unser europäisches Selbstverständnis war ein Motor, der uns half, diese Entscheidungen zu treffen und auch die Bevölkerung dafür zu mobilisieren. Denn ohne die Mitwirkung der Menschen kann es keine Veränderung geben.

Wenn wir nun die baltische Perspektive auf Europa und das Verhältnis zu Deutschland untersuchen wollen, müssen wir mit jenem Tag beginnen, mit dem eines der traurigsten Ereignisse in der neuesten Geschichte verbunden ist. Dieser Tag, der 23. August 1939, erinnert uns daran, wie wichtig die Erhaltung der Demokratie und das gemeinsame Europa sind. An diesem Tag unterschrieben zwei Diktatoren, *Hitler* und *Stalin*, den *Molotow-Ribbentrop-Vertrag*, der am Beginn des Zweiten Weltkriegs stand. Die Dokumente, die jetzt aus russischen Archiven ans Licht kommen, zeigen deutlich, dass beide Seiten dabei dasselbe Ziel verfolgten, nämlich einen neuen Krieg in Europa beginnen zu können.

Stalin war sehr interessiert, diesen Vertrag zu schließen, wie seine geheime Rede im Politbüro vom 19. August 1939 zeigt. Darin begründete er, warum man mit einem Diktator wie Hitler einen solchen Pakt schließen müsse. Stalin sagte, »wir brauchen einen Krieg, und wenn wir diesen Pakt nicht unterschreiben, wird Hitler keinen Krieg beginnen«. Der Vertrag teilte Mittel- und Osteuropa in zwei Interessensphären der beteiligten Parteien, und die Folgen waren für die Länder im Baltikum sehr katastrophal. 1940 waren wir als Ergebnis dieses Paktes militärisch besetzt und in die Sowjetunion eingegliedert.

Es folgte eine Zeit des Terrors: Es gab Deportationen, Menschen wurden getötet. Man versuchte, unsere Wirtschaft und unsere Kultur zu vernichten. In jenen Tagen schien es für die Esten, Letten und Litauer keine Hoffnung mehr zu geben.

Dies waren zugleich Kriegszeiten, denn die Freundschaft zwischen Stalin und Hitler dauerte nur kurz. Jede der beiden Seiten versuchte, ihre Position gegenüber der anderen zu verbessern. Beide trafen Vorbereitungen zum Krieg, und im Sommer 1941 waren beide bereit, zu attackieren. Hitler attackierte zwei Wochen früher, als Stalin bereit war, es zu tun, und so begann der Krieg.

Dann wurde Estland für etwa drei Jahre von den Nationalsozialisten besetzt. Dies waren für die Esten schwere Jahre, denn sie mussten erkennen, dass es keine großen Unterschiede zwischen beiden Systemen gab. Der Nationalsozialismus und der Kommunismus machten dieselbe Sache – sie töteten die Menschen und vernichteten die Bücher. Dies ist offenbar eine Gemeinsamkeit des Totalitarismus.

Meinen Großvater ermordeten die Nazis, die Großmutter meiner Frau die Kommunisten. Ein Schicksal wie das meiner Familie ist ein ganz typisches im Baltikum. Wir wissen, was Totalitarismus bedeutet und daher wollen wir dagegen kämpfen, und das haben wir in Estland auch seit langer Zeit getan. Wir haben in Estland jahrzehntelang einen Partisanenkrieg gegen die sowjetische Führung erlebt. Ebenso gab es eine Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus, die das Ziel verfolgte, die

estnische Republik wiederherzustellen. Das gelang für genau vier Tage im Jahre 1944. Aber die anrückende Sowjetarmee machte unsere damals schwachen Truppen nieder. Aus dem Westen gab es keine Hilfe. Und es gab auch kein Interesse dafür, was in diesem Teil der Welt wirklich passierte. Die so genannten estnischen *Waldbrüder* kämpften bis 1956, dem Jahr des Ungarn-Aufstandes, in den Wäldern ihren Partisanenkampf weiter. Es war ein ganz hoffnungsloser Kampf, denn auch zu dieser Zeit gab es keine Hilfe.

Trotzdem ging in den Jahren danach der Kampf weiter. Mit den Mitteln der politischen Selbstorganisation formierten sich politische Dissidentengruppen; junge Menschen organisierten heimliche Studentengruppen. 20% der Bevölkerung waren direkt am aktiven Widerstand beteiligt. Dabei waren diese Oppositionsbewegungen massivsten Repressionen ausgesetzt. In Estland und den anderen baltischen Ländern kam ein Drittel der Bevölkerung dadurch zu Tode – eine sehr große Zahl!

Viele der heutigen Probleme in den baltischen Ländern gehen also zurück auf den Molotow-Ribbentrop-Vertrag. Aber die Identität und das Selbstverständnis der baltischen Bevölkerung ließen den Widerstand nicht erlahmen. Dabei spielte besonders in Litauen auch die katholische Kirche eine große Rolle, indem sie das litauische Nationalbewusstsein förderte. Aber auch die protestantischen Kirchen in Lettland und Estland boten eine große moralische Unterstützung für alle, die für die Freiheit kämpften.

Gleichzeitig sah die Lage vielerorts hoffnungslos aus. Ich bin 1960 geboren und zwar am gleichen Tag wie *Lenin*. Im sowjetischen Kindergarten wollte man aus mir einen echten Leninisten machen. Mein Großvater erzählte mir, dass ich einmal als Vierjähriger auf die Frage, wen ich am liebsten auf der Welt hätte, geantwortet habe: »Lenin und den Frieden«. Aber diese Meinung änderte sich im gleichen Maß, wie meine Eltern mir beibrachten, was Recht ist. Denn alle Realität, auf die wir schauten, sprach gegen diesen Kommunismus.

Viele Menschen im Baltikum blickten immer wieder nach Deutschland. Die dortige Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde für uns sehr wichtig. Ziel der Sowjetunion war es, ganz Deutschland zu einem kommunistischen Land zu machen. Die Tatsache aber, dass es den Westalliierten gelungen war, in Deutschland einen demokratischen Staat zu begründen, wurde zunehmend wichtig auch für das Baltikum. Wir konnten daraus erkennen, dass es möglich war, auf Ruinen etwas Neues zu erbauen. Wir sahen, dass es möglich ist, aus dem Nichts ein ›Wirtschaftswunder‹ zu schaffen, und man braucht solche Wunder in der Welt, denn sie geben dem Menschen Hoffnung. Diese Entwicklung gab uns, den Außenstehenden, mehr Hoffnung, als man in Deutschland annehmen mochte. Die von diesem marktwirtschaftlichen und demokratischen Deutschland ausgehen-

den Hoffnungen gehörten zu den wichtigsten Faktoren in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Diese Hoffnungen trugen entscheidend dazu bei, Möglichkeiten zu finden, das ›Imperium‹ im Osten zu vernichten.

Als ab 1992 der Aufbau in Estland begann, waren es insbesondere die Erfahrungen in Deutschland mit dem ›Wirtschaftswunder‹ nach dem Zweiten Weltkrieg, die wir näher anschauten. Als Historiker hatte ich wenig Einblick in die Details der Wirtschaft. Aber ich konnte beurteilen, was funktionierte und was nicht. In Deutschland hatte das ›Wirtschaftswunder‹ funktioniert, und so haben wir vieles wie etwa die Währungsreform von 1948 kopiert. Unsere Währungsreform vom Jahr 1992 hatte den gleichen Erfolg wie seinerzeit die deutsche Währungsreform.

Damals kritisierte man unsere Reformen als »Schocktherapie«, aber auch die Wirtschaftsreformen von *Adenauer* und *Erhard* wurden seinerzeit als Schocktherapien bewertet. Heute wird selten daran erinnert, dass die damalige Politik durchaus umstritten war und die parlamentarischen Mehrheiten ihr keineswegs sicher waren. Auch diese Politik war sehr radikal: es gab Proteste und Streiks. Somit waren und sind wir stolz, von diesem Beispiel profitiert zu haben. Natürlich bemühen wir uns, auch aus späteren Erfahrungen in Deutschland zu lernen, denn hier finden sich auch die Ursachen für einige der aktuellen Wirtschaftsprobleme in Deutschland – und am besten lernt man nun einmal von den Fehlern anderer.

Das wirtschaftlich erfolgreiche Deutschland wurde zu einem der wichtigsten und stärksten Mitgliedsländer im vereinten Europa. Das brachte es mit sich, dass dieses neue, demokratische Deutschland von der Sowjetunion nicht sehr geschätzt wurde. Während meines Studiums an der Universität gab es ein wöchentliches militärisches Training, mit dem die Sowjetarmee Offiziere für die Sowjetarmee zu rekrutieren suchte. Dieses Training war militärisch klar orientiert: Meine Rolle z.B. war die eines Zugführers der motorisierten Infanterie. Wir studierten ausschließlich deutsche Stadtpläne und Landkarten und wussten, welche deutsche Stadt wir anzugreifen hatten. Die Taktik war einfach: Nach dem Angriff mit Nuklearwaffen musste anhand von Messgeräten der Rückgang der nuklearen Strahlung beobachtet werden, dann sollte die Truppe nachrücken. In diesem Szenario brauchte man nicht die Verteidigung zu üben, sondern nur den Angriff. So sahen die sowjetischen Pläne gegenüber Deutschland aus.

Lange Zeit ahnten wir im Baltikum nicht, welche Möglichkeiten der Veränderung es geben würde. Im Hinblick auf die sowjetischen Planspiele waren wir immer überrascht, wie naiv der Westen offenbar war. Wir hörten von dort, dass die Menschen einen sowjetischen Angriff für unvorstellbar hielten, denn in den Reden der ersten Sekretäre der Kommunistischen Partei wie *Breschnew* und anderen war immer die Rede vom Frieden. Sie liebten den Frieden, wollten Frieden in der ganzen Welt, und sie

beteuerten, es sei für die Sowjetunion undenkbar, als erste Nuklearwaffen einzusetzen. Gleichzeitig wurden mit uns militärische Planspiele veranstaltet, die eine ganz andere Sprache sprachen. Hier galt die Erstschlagtaktik. Wir im Baltikum waren immer erstaunt darüber, wie wenig man im Westen von der Sowjetunion und ihrem aggressiven Charakter wusste.

Heute sehe ich mit Freude, wie bei uns die junge Generation in die Welt und auch in die Politik eintritt. Die großen Veränderungen im Osten nahmen ihren Anfang mit dem Wirken des polnischen Papstes *Johannes Paul II.* Er war der erste, der sich mit den Menschen auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs solidarisierte. Er betonte, dass diese Menschen dieselben Freiheitsrechte wie alle anderen haben, und er sagte ihnen, sie bräuchten keine Angst zu haben. Das waren seine wichtigsten Aussagen.

Zur gleichen Zeit beobachteten wir vom Baltikum aus Persönlichkeiten wie *Margaret Thatcher*, *Ronald Reagan* und *Helmut Kohl*, mit denen sich viele politische Positionen im Westen veränderten. Ich erinnere mich gut, wie mir erstmals klar wurde, dass die Sowjetunion nicht mehr lange existieren würde: Etwa 1982 kam ein hochrangiger Offizier vom Generalstab aus Moskau in unser studentisches Militärtraining an die Universität Tartu, um mit den Offiziersanwärtern über die weltpolitische Lage zu sprechen. Was er zu sagen hatte, ließ zum ersten Mal *Angst* bei einem sowjetischen Offizier erkennen. Er teilte uns mit, dass im Westen ein paar »politische Wirrköpfe« gewählt worden seien, die bereit wären, mit uns einen Krieg zu führen. Besonders das *star wars*-Konzept eines »Krieges der Sterne« sei eine echte Bedrohung für die Sowjetunion. Zwar hatte die Sowjetunion selber Satelliten gestützte Waffensysteme. Dass aber die Amerikaner Waffen haben würden, die Moskau in einer Minute vernichten könnten, war für die Sowjetunion alarmierend. In Russland versuchte man die amerikanische Hochtechnologie zu kopieren, vergeblich. Die Sowjets beanspruchten ihre Wirtschaft im starken Maße, um der westlichen Rüstung Paroli zu bieten, und das war möglicherweise auch das Motiv der amerikanischen Rüstung.

Die zweite aus Sicht der Sowjetunion negative Entwicklung war die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland, die ein Gegenwicht zu den sowjetischen SS20 darstellen sollten. Die westliche Entscheidung zur Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen war für uns im Baltikum sehr wichtig und folgenreich. Die sowjetischen Militärbefehlshaber registrierten ärgerlich, dass sich durch die Nachrüstung der NATO das Kräfteverhältnis zu ihren Ungunsten verschoben hatte. Eine der Antworten der sowjetischen Militärs war die Unterstützung der *Friedensbewegung* im Westen. Man war zuversichtlich, diese Friedensbewegung organisieren und steuern zu können und so die Raketen in Westdeutschland verhindern zu können. Die finanziellen Mittel dazu, hieß es, seien vorhanden.

Wir wissen heute, dass die Friedensbewegung aus dem Osten finanziert war, allerdings wussten das die Menschen nicht, die im Westen für den Frieden kämpften. Ihnen kann man daraus keinen Vorwurf machen. Es zeigt nur einmal mehr, wie auch die besten Ideale verraten werden können.

Wir im Baltikum sind froh darüber, dass es der Friedensbewegung dieses Mal *nicht* gelungen ist, die Raketennachrüstung im Westen zu verhindern. Wäre sie darin erfolgreich gewesen, so befürchte ich, würden wir auch heute noch in der Sowjetunion leben. Auch dieser Aspekt gehört zur Betrachtung des deutsch-baltischen Verhältnisses, denn es war im Zusammenhang dieser Ereignisse, dass man im Baltikum zu dieser Zeit überhaupt über Deutschland sprach.

Im Jahre 1985 stellte sich heraus, dass die Sowjetunion wirtschaftlich am Ende war. Es gab für die Sowjetunion keinen anderen Weg, als einen neuen Mann an die Spitze zu stellen, der mit seinem neuen Gesicht eine Veränderung in der Sowjetunion ausdrückte, und so kam *Gorbatschow*.

Sein Erscheinen ist ein Resultat der westlichen Politik und ein Zeichen dafür, dass der Westen den Kalten Krieg gewonnen hatte. Gorbatschow wollte das Sowjetsystem und den Sozialismus verteidigen und hat doch schließlich sein Ende herbeigeführt. Aus baltischer Sicht war das eine der bestmöglichen Entwicklungen.

Die erste Möglichkeit, die wir im Baltikum bekamen, etwas gegen das Sowjetsystem und die Sowjetunion zu unternehmen, haben wir genutzt. Wir organisierten den zivilen Widerstand und bildeten zivile Organisationen. Wir probierten, wie weit wir gehen konnten, und solange wir nicht im Gefängnis landeten, taten wir die nächsten Schritte. Damals war es sehr wichtig zu wissen, was in Deutschland und in den Ländern Mitteleuropas geschah. Der Widerstand im Baltikum beobachtete die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in den mitteleuropäischen Staaten mit größtem Interesse. Die bis dahin größte Widerstandsorganisation, die wir bilden konnten, war der *Estnische Kongress*. Wir organisierten diejenigen, die künftig Bürger eines »estnischen Freistaates« sein wollten, und waren gleichzeitig davon überzeugt, damit unsere »Fahrkarte nach Sibirien« gekauft zu haben. Dennoch trugen sich 80% der Bevölkerung in die Listen dieses Estnischen Kongresses ein.

Als wir uns eines Abends in der Universität in Tallinn versammelten, um den ersten gemeinsamen Rat dieser Bewegung zu organisieren, lief jemand durch den Saal und verkündete: »Die Berliner Mauer ist offen.« Ich erinnere mich gut, wie froh wir über diese Nachricht waren, denn damit war für uns klar, dass der Kommunismus am Ende war. Wenn Deutschland eine Wiedervereinigung machen konnte, so bedeutete dies das Ende der sowjetischen Herrschaft insgesamt. Dass Deutschland es trotz großer, zum Teil heute noch ungelöster Probleme schaffte, diese Wieder-

vereinigung zu bewältigen, war eine der großen Leistungen der jüngeren Geschichte im Nachkriegseuropa. Das wird in Estland und im Baltikum unvergessen bleiben, denn es brachte auch uns die Möglichkeit, unsere Arbeit erfolgreich weiterzuführen und im Jahr 1991 die Sowjetherrschaft über Estland und die übrigen Länder des Baltikums endgültig zu beenden.

Ich komme damit zur jüngsten Vergangenheit und der Haltung, die Deutschland im Verhältnis zum Baltikum und zu Estland in den letzten Jahren eingenommen hat. Wir haben, wie gesagt, viel von deutschen Erfahrungen gelernt, als wir uns an die Reformen im Baltikum machten. Teilweise haben wir die gleichen Reformen vollzogen, wie Deutschland Jahre zuvor. Auch im Bereich der *Justiz* hatten wir eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Deutschland. Wie schon *Ludwig Erhard* wussten wir, dass eine Marktwirtschaft nicht ohne eine entsprechende moderne Gesetzgebung funktionieren würde. Die Formel von der ›Herrschaft des Rechts‹, *rule of law*, kennzeichnet eine der wichtigsten Grundbedingungen für die Marktwirtschaft überhaupt. Ohne das Recht kann man weder gegen die Korruption kämpfen, noch gegen die Auswüchse des ›neuen Kapitalismus‹. Vor dem Zweiten Weltkrieg war das Recht im Baltikum dem deutschen sehr ähnlich. Zum Teil reichte es zurück bis in die gemeinsame Zeit in der Hanse. In Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesjustizministerium konnten wir verschiedene Arbeitsgruppen ins Leben rufen. Gemeinsam mit diesen erarbeiteten unsere Juristen die Notwendigkeiten einer neuen Gesetzgebung.

Der Erfolg des Wirtschaftsaufbaus in Estland geht klar auch darauf zurück, dass wir ein adäquates, eigenes neues Recht für diesen Bereich geschaffen haben. Dieses Justizsystem, eine eigenständige Gesetzgebung und eine neue Verfassung entstanden in enger Zusammenarbeit mit deutschen Experten. Die praktische Hilfe, die wir in diesen Jahren erhielten, war sehr wertvoll für uns, weil wir dadurch deutlich schneller vorankamen. Das war auch notwendig, denn gegen Ende der Sowjetherrschaft verschärften sich die Probleme, die zum Teil schon lange bestanden hatten. Viele Menschen brachten diese Schwierigkeiten mit der neu eingeführten Marktwirtschaft in Verbindung. Und wir hatten tatsächlich zeitweise eine Inflationsrate von 1.000%. Unsere Wirtschaftsleistung verringerte sich auf 30% des vorherigen Standes. Wir hatten eine große Arbeitslosigkeit, und zwar mehr als 30% im Jahre 2003. Weitere 30% der Beschäftigten verloren ihre Arbeit in den nächsten darauf folgenden Jahren, denn alle die alten sowjetischen Fabriken gingen kaputt: sie konnten nichts mehr produzieren. Sie konnten dies auch vorher nur deshalb, weil Energie und Rohstoffe quasi kostenlos waren. Nur so konnten sie den Eindruck aufrechterhalten, sie seien produktiv, was sie aber tatsächlich nicht waren. So war ihr Niedergang nur eine konsequente Folge.

Wir erlebten daraufhin Versorgungsengpässe bei den Lebensmitteln und bei der Energie. Zeitweise überlegten wir, die Bevölkerung Tallinns zu evakuieren, denn wir mussten befürchten, nicht genug Energie zu haben, um die Wohnungen in der Stadt im Winter zu heizen.

In dieser Situation mussten wir mit der neuen Wirtschaftspolitik Erfolge haben und vorzeigen. Dabei kam uns nicht nur die finanzielle Unterstützung aus dem Westen, sondern auch das Expertenwissen von dort sehr zugute. Und das gilt auch für die politische Hilfe, die wir in diesen Jahren aus Deutschland erhielten.

›Männerfreundschaften‹ zwischen deutschen und russischen Politikern sind im Baltikum nicht immer gern gesehen worden, aber es gibt darin große Unterschiede. Zu Zeiten Bundeskanzler Kohls arbeiteten wir sehr eng mit der deutschen Regierung zusammen. Wir wurden stets über alle Gesprächsergebnisse mit Russland informiert, was von großem Vorteil war. Helmut Kohl war ein Bundeskanzler, zu dem jeder Ministerpräsident der neuen Länder im Baltikum direkten Kontakt haben konnte. Brauchten wir Hilfe, so war es sicher, dass wir sie bekamen. Auch ich konnte diese Hilfe in vielen Situationen gebrauchen, z.B. bei den Verhandlungen mit der Europäischen Union. Deren Vertreter verstanden nicht, warum wir keine Zollverwaltung eingerichtet hatten, und sie verlangten von uns Änderungen unserer Wirtschaftspolitik. So blieb keine andere Möglichkeit, als dass ich Kanzler Kohl anrief und ihn bat, sich für uns zu verwenden, was er auch tat. Problematisch war auch die fortdauernde Präsenz der russischen Truppen in Estland. Nach dem Untergang der Sowjetunion blieben die russischen Truppen in den baltischen Ländern stationiert. Sie hätten tatsächlich große Schwierigkeiten gehabt, die Truppen aus dem Baltikum zu evakuieren. Aber die russischen Militärs wollten auch gern einige Basen behalten. Diese Truppen doch in ihre Heimat zurückzuführen, war nur möglich mit internationaler Hilfe. Daran beteiligte sich Helmut Kohl selbst aktiv. Ohne seine Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, Präsident Jelzin an einen Punkt zu bringen, an dem er dem Rückzug der sowjetischen Truppen zustimmte. Dies gelang dann aber am 31. August 1994.

Am gleichen Tag, als die letzten sowjetischen Truppen aus Deutschland abtransportiert wurden, verließen sie auch das Baltikum. Dies war ein gemeinsamer Feiertag für Deutschland wie für das Baltikum. Erst an diesem Tag war für uns eigentlich der 2. Weltkrieg vorüber.

In den folgenden Jahren, als der Prozess der Integration in die europäische Union begann, spielte Deutschland wiederum eine große Rolle dabei, die Integrationsmöglichkeiten herzustellen, erstens hinsichtlich der Aufnahme in die Europäische Union selbst, zweitens auch im Hinblick auf den Erweiterungsprozess in Richtung auf die neuen Länder Mitteleuropas. Deutschland war in dieser Zeit sehr wichtig und erfolgreich.

Leider bestätigt sich dieses Bild nicht für die Zeit nach der Kanzlerschaft von Helmut Kohl. Ich denke, dass die Tatsache, dass die deutsche Rolle in Europa sich verringert hat, in ganz Europa wahrgenommen wird. Viele europäische Politiker haben uns gesagt, dass sie nicht mehr die bedeutende Rolle Deutschlands in Europa von einst erkennen. Das ist ein Problem nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Es kann kein erfolgreiches Europa geben ohne ein aktives, erfolgreiches Deutschland.

Bundeskanzler *Schröder* pflegt mit dem russischen Staatspräsidenten *Putin* eine andere Art von ›Männerfreundschaft‹. Wir haben in den letzten Jahren nicht erlebt, dass die deutsche Regierung mit Vertretern aus dem Baltikum in der früher üblichen Weise über ihre Vereinbarungen mit Russland gesprochen hätte. Wir sehen, dass über die Belange Polens und der baltischen Länder hinweg einige besondere Verträge zwischen Deutschland und Russland geschlossen worden sind. Darüber sind wir nicht informiert worden, und an den Verhandlungen haben wir nicht teilgenommen. Ein Beispiel dafür ist das Projekt einer *Gas-Pipeline* durch die Ostsee, die die Länder des Baltikums und Polen umgeht. So herrscht vielfach in den Ländern des Baltikums der Wunsch und die Hoffnung, dass Deutschland wieder seine angestammte, starke Rolle in Europa einnehmen möge, und zwar eine Position, die Deutschland als Integrations- und Reformmotor für Europa innehatte und die gleichzeitig Kontaktmöglichkeiten für die neuen Länder bot.

Deutschland ist ein natürlicher Partner für die neuen Mitgliedsländer. Es ist eine natürliche Zusammenarbeit, die wir mit Deutschland haben können, ausgehend von unserer gemeinsamen Geschichte und unseren gemeinsamen Erfahrungen – auch darin, wie gut Deutschland mit seiner eigenen Geschichte umgeht. Deutschland ist das einzige Land, das sich öffentlich für seine Vergangenheit entschuldigt hat. Helmut Kohl hat dies für den Molotow-Ribbentrop-Pakt getan.

Deutschland ist ein Land, das nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Wunsch nach einer friedlichen Zukunft formuliert hat, so wie dies in Estland am 50. Jahrestag des Kriegsendes in allen Kirchen bekundet wurde. Die anderen Nationen oder Staaten, die am Zweiten Weltkrieg teilnahmen, haben sich für keine ihrer damaligen Taten entschuldigt.

Wir leben leider in einer Welt, die nicht so ist, wie wir sie uns wünschen. Viele Probleme sind ungelöst und wir sehen vieles, was wir nicht schätzen. Die einzige Möglichkeit, dies zu verändern, ist, ein positives Beispiel dafür zu geben, dass wir in diesem schönen und zukunftsorientierten Kontinent eine bessere Gesellschaft bauen können, eine Gesellschaft ohne Hass, die nicht in der Geschichte lebt, aber die Geschichte erinnert. Denn nur mit dieser Erinnerung ist es möglich, in die Zukunft zu gehen.

Publikum: Herr Laar, Sie betonten, dass die Bundesrepublik auch für die künftige europäische Integration eine wichtige Rolle spielen müsse. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, ferner die Haushaltsberatungen der EU und schließlich das transatlantische Verhältnis?

Mart Laar: Der jetzige Stand des transatlantischen Verhältnisses ist einer der Gründe, warum Deutschland in Europa nicht mehr eine so herausragende Rolle spielt wie früher. Europa braucht nicht ein Deutschland, das von Frankreich dominiert wird; dies aber war zuletzt der Fall.

Für die Problematik der Haushalte wäre es hilfreich, wenn man sich in Deutschland wieder mehr an den Erfahrungen der frühen Jahre orientierte. Damals war unstrittig, dass eine intakte Haushaltsplanung nur mit einer starken Wirtschaft zu haben ist. Man sollte nicht nur darauf sinnen, wo Einsparmöglichkeiten bestehen, sondern auch darauf, wo Geld zu verdienen ist. Wir in Europa müssen wirtschaftlich aktiver sein und wir müssen die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die Wege, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sind allgemein bekannt, aber sie wirklich zu gehen, ist unpopulär.

Estland ist das Land der niedrigen *Einkommensteuer*, und diese Politik hat sich als großer Erfolg erwiesen. Jedes Land muss selbst über sein Steuersystem entscheiden. In den Ländern aber, in denen die Einkommensteuern niedrig sind, funktioniert das Steuersystem bestens. Wir haben hohe Steuereinkünfte: die *niedrigeren* Steuersätze verschaffen uns *mehr* Einnahmen. Die Tatsachen sprechen für sich. Auch ist der Aufwand an Bürokratie bei uns viel geringer, und so kann sich die Steuerverwaltung darauf konzentrieren, jene Steuerbürger ausfindig zu machen, die ihre Steuern nicht bezahlen. Andere Länder Mittelosteuropas, die in derselben oder ähnlichen Situation sind wie Estland und niedrigere Einkommensteuersätze eingeführt haben, verzeichnen ebenfalls Haushaltsüberschüsse. Man sollte in Deutschland wenigstens zur Kenntnis nehmen, auf welche Weise die Wirtschaft neues Wachstum generieren kann.

Die Frage nach dem Beitritt der Türkei zur Europäischen Union verlangt eine sehr schwere Entscheidung. Jeder wird verstehen, warum die Türkei für Europa so wichtig ist. Mit ihrem Beitritt verbunden wäre allerdings, dass die in der Türkei entstehenden Probleme auch solche der Europäischen Union würden. Ein Blick auf die geographische Lage der Türkei zeigt, dass dieses Land nur zu einem Teil ein europäisches ist. Große Teile des Landes gehören geographisch nicht dazu. Eine Lösung erfordert vor allem Ehrlichkeit gegenüber der Türkei. Man muss bezüglich des Türkei-Beitritts zur EU klare Kriterien haben: Man kann z.B. nicht über den Beitritt entscheiden, solange der Streit um Zypern ungelöst ist. Und das gilt auch für das kurdische Problem, denn wir wollen in Europa sicherlich

keinen Partisanenkrieg bekommen. Nach den Erfahrungen mit den Waldbrüdern in Estland wollen wir nicht mit den kurdischen Waldbrüdern kämpfen. Dort mag es auch Terroristen geben, aber in der Hauptsache sind es dort etwa 20 Millionen Menschen, die eigentlich die politische Selbständigkeit wollen. Dieses Problem muss auf die eine oder andere Weise gelöst werden, bevor die Türkei Mitglied in der EU werden kann. Eines der wichtigen Kriterien ist aber die Religionsfreiheit in der Türkei. Es muss möglich sein, mit der gleichen Selbstverständlichkeit eine christliche Kirche in Anatolien zu bauen, wie heutzutage eine islamische Moschee in Hamburg gebaut wird. Erst wenn dies möglich ist, haben wir den Beweis, dass die türkische Gesellschaft zur Mitgliedschaft in der europäischen Gemeinschaft bereit ist. Dies ist bis jetzt nicht der Fall.

Publikum: Nachdem mehrfach Bundeskanzler Kohl als Förderer des Baltikums gewürdigt wurde, möchte ich ergänzen, dass die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition bereits in den Jahren der großen Koalition der 1960er Jahren ihren Anfang genommen hat. Es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert diese Phase der deutschen Ostpolitik im Hinblick auf die Ereignisse des Jahres 1989 und danach hatte. Auch der »Nato-Doppelbeschluss« zu Zeiten von Bundeskanzler *Helmut Schmidt* wäre hier zu berücksichtigen.

Mart Laar: Als die deutschen Ostverträge abgeschlossen wurden, waren wir sicher, dass diese Verträge uns nicht helfen. Das sagte jedenfalls das Gefühl der Menschen, die auf unserer Seite des Eisernen Vorhangs lebten. Für uns war klar, dass die Sowjetunion aus diesen Verträgen einen größeren Nutzen ziehen würde als der Westen. Die Menschen hatten dabei nicht viel zu gewinnen, leider. Dagegen war der »Nato-Doppelbeschluss« aus unserer Sicht damals sehr positiv.

Wir verstanden z.B. auch nicht, warum deutsche Politiker die *Solidarność*-Bewegung in Polen nicht stärker unterstützten. Dies war wohl Ausfluss jener deutschen Ostpolitik, die zu den Regierungen in Osteuropa gute Beziehungen entwickeln wollte. Für die Bürgerrechtsbewegungen war dies allerdings von großem Nachteil.

Die *wirtschaftlichen* Ergebnisse des NATO-Doppelbeschlusses waren dagegen zweifellos positiv für uns, denn die Finanzkredite, die Deutschland den kommunistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas gab, ruinierten deren politische Herrschaftssysteme. Sie konnten diese Kredite gar nicht nutzen. Sie verbrauchten das Geld für wirtschaftlich wenig vernünftige Projekte, und als die Zeit der Rückzahlung beginnen sollte, gingen sie Bankrott. Das war positiv, aber dies war sicherlich nicht das eigentliche Ziel.

Publikum: Welche Änderungen an dem Projekt einer direkten Gas-Pipeline zwischen Deutschland und Russland halten Sie für wünschenswert oder sogar unverzichtbar?

Mart Laar: Es wäre für alle Seiten zunächst einmal vorteilhafter, eine Pipeline zu bauen, die kostengünstiger wäre. Aber bei dieser Pipeline handelt es sich offensichtlich um ein politisches Projekt. Dabei droht den baltischen Ländern wohl keine wirtschaftliche Einbuße, aber im Hinblick auf die Zukunft erscheint es besser, wenn sich mehrere Länder an diesem Projekt beteiligen würden, denn auf diese Weise wären Probleme der Versorgung und Probleme der Sicherheit leichter zu lösen. Bezeichnend für den Charakter dieses Projektes ist aber, dass mit den Ländern zwischen Deutschland und Russland, angefangen mit Polen, über dieses Vorhaben bisher gar nicht verhandelt worden ist.

Publikum: Sie sagten, ohne Erinnerung gäbe es keine Zukunft. Sie sagten auch, dass ein Europa ohne ein starkes Deutschland nicht möglich sein werde. Was bringt Sie zu dieser Ansicht? Braucht Europa wirklich eine ›Führungsmacht‹? Ein zweites Stichwort: Der Beitrittswunsch der Türkei zur EU wird auch mit dem Ziel unterstützt, die Beziehungen Europas zu den Nachbarländern der Türkei im Nahen Osten zu verbessern. Wie man weiß, war die Zeit der osmanischen Herrschaft in diesem Gebiet durchaus finster, denn das Osmanische Reich hat seine Nachbarvölker seinerzeit kolonisiert und unterdrückt.

Mart Laar: Die Gründe für den Beitrittswunsch der Länder des Baltikums zur Europäischen Union waren nicht rein wirtschaftlicher Natur. Wirtschaftlich erfolgreich waren wir auch bereits vor dem Beitritt zur EU, und manche Experten waren der Ansicht, dass das Wachstum der baltischen Länder innerhalb der Europäischen Union weniger stark sein werde als außerhalb. Ich beurteile die wirtschaftlichen Folgen unseres Beitritts allerdings als sehr gut.

Das stärkere Motiv jedoch scheint mir die historische, kulturelle und politische Einheit zu sein, deren Herstellung wir uns wünschten. Wir sind Teil von Europa, und es war immer schlecht für uns, wenn wir nicht dazu gehören durften. Auch für Europa war es besser, wenn die baltischen Länder dazu gehörten. Wir haben die gemeinsame Grundlage des ›christlichen Abendlandes‹, und davon haben auch Menschen Vorteile, die nicht christlichen Glaubens sind. Diese Grundlage schufen die Christianisierung, die Reformation, die Aufklärung.

In den Ländern, die nicht diese Entwicklungsstufen erlebten, fehlt dieser Gemeinschaftszusammenhang. Das ist eine Realität.

Publikum: In Estland leben 800.000 estnisch sprechende Menschen und 500.000 russisch sprechende Menschen. In Lettland sind sogar 70% der Bevölkerung russischsprachig. Wie ist das Verhältnis zum russischsprachigen Bevölkerungsanteil im Baltikum zu beschreiben?

Mart Laar: In der Rechtsstellung gibt es in Estland und Lettland keine Unterschiede zwischen russischsprachigen und anderen Bevölkerungssteilen. Diese kann es auch nicht geben, denn beide Länder sind Mitglieder der Europäischen Union. Die EU-Mitgliedschaft ist eben auch eine Garantie dafür, dass es keine Unterschiede im Rechtssystem geben kann. Diese Tatsache ist auch daran ablesbar, dass aus diesen Bevölkerungsgruppen niemand das Land verlassen möchte. Im Unterschied zu manchen Republiken im Süden der ehemaligen UdSSR wollen russischsprachige Bevölkerungsanteile aus dem Baltikum nicht zurück in ihr russisches Mutterland.

Es stimmt, dass das Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen in der Vergangenheit problematisch war. Dies ist auch heute noch nicht ganz gelöst, denn unter den gegebenen Voraussetzungen war es nicht leicht, einen selbständigen estnischen Staat zu bilden. Ein Anteil von 40% der Bevölkerung bekannte sich seinerzeit dazu, »russisch« zu sein.

Diese russische Bevölkerung war keine Minderheit im Lande, sondern sie waren *Kolonisten*. Sie waren dort angesiedelt worden, wo es zuvor eine estnische Bevölkerung gab, die zum Teil vertrieben worden war. Diese Kolonisierungspolitik der Sowjetunion hatte das Ziel, die Esten in ihrem eigenen Land zur Minderheit zu machen. In Lettland gewann so der russischsprachige Bevölkerungsanteil mit mehr als 50% ein Übergewicht. In dieser Situation war es schwierig, die Initiative für ein unabhängiges Estland zu beginnen, denn die russischsprachige Minderheit hatte wenig Verständnis für diese Suche nach nationaler Identität. Sie selbst sahen sich überwiegend als »Sowjetmenschen«, nicht einmal als Russen. So gab es am Ende der Sowjetunion große Integrationsprobleme und beträchtliche Konflikte zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen. Die russischsprachige Bevölkerung diffamierte Esten und Letten als »Deutsche« und diese bezeichneten die russischsprachigen Bürger eben als Kolonialherren. Wir sind froh, dass es gelungen ist, die staatliche Selbständigkeit im Baltikum wiederherzustellen. Nur so bekamen wir die Chance, den Konflikt zu lösen. Erst als bei den Esten das Gefühl wuchs, selbst eine Zukunft zu haben, schwächte sich der Konflikt ab. Infolgedessen war es auch für die andere, die russische Seite, leichter, sich den Entwicklungen anzupassen. Natürlich hatte man von Anfang an klargestellt, dass in einem künftig selbständigen Estland die Menschen einer estnischen Gesetzgebung unterstehen würden und nur diejenigen, die dazu bereit waren, hier würden leben können. Wir versuchten, der russischsprachigen Minderheit ihre

nationale Identität wieder zurückzugeben. Deshalb haben wir sie als Russen, als Ukrainer, als Weißrussen oder als Mitglieder anderer Nationalitäten der ehemaligen Sowjetunion angesprochen. Das war erfolgreich, besonders bei den Ukrainern, die heute die drittstärkste Nationalität in Estland bilden. Wir richteten ukrainische Schulen ein, stellten ukrainische Kirchen wieder her und unterstützten diese Gruppen sehr. Auch das Bemühen, den Russen ihre nationale Identität zurückzugeben, war schließlich erfolgreich.

Heute bin ich froh, dass meine Kinder in einer Gesellschaft leben können, die unterschiedliche Nationalitäten integriert, und dass wir in einer Gesellschaft ohne Hass leben können. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für das Nachbarland Lettland, auch wenn die dortigen Konflikte möglicherweise schärfer ausgeprägt waren und noch andauern. Dieser Integrationsprozess muss fortgesetzt werden, und das wird wohl noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Publikum: Eine Frage zur Problematik der Ratifizierung der Nachbarschaftsverträge zwischen den baltischen Ländern und Russland: Sind Sie, Herr Laar, zufrieden mit der Unterstützung der baltischen Länder durch die Europäische Union in dieser Frage?

Mart Laar: Die gegenwärtige Situation macht mir keine große Sorge, denn die Ratifizierung der Grenzverträge mit Russland ist für Russland womöglich wichtiger als für uns. Die praktischen Probleme zwischen beiden Seiten sind im Grunde gelöst, der Grenzverlauf ist unstrittig. Der Grund, warum Russland zögert, diesen Vertrag zu unterschreiben, ist folgender: Sie fordern von uns eine Erklärung, in der wir bestätigen sollen, dass das Baltikum ab 1940 nicht unter sowjetischer Besatzung stand, sondern der Beitritt der baltischen Länder zur UdSSR damals ganz freiwillig geschehen sei. Das wollen sie von uns hören, erst dann sind sie dazu bereit, die Verträge zu unterzeichnen. Aber ich sage Ihnen: das werden wir niemals tun.